## Die grenzenlose Befangenheit der Foreign Press Association

von Bassam Tawil - Übersetzung: Audiatur Online

Veröffentlicht am 13.08.2017 von de.gatestoneinstitute.org

Die Foreign Press Association (FPA), eine Organisation, die Hunderte ausländischer Journalisten vertritt, die für verschiedene Medienkanäle in Israel tätig sind, ist aufgebracht. Was ist ihr Problem? Ihrer Ansicht nach hindern die jüngsten israelischen Sicherheitsmaßnahmen in Jerusalem die Journalisten an der Ausübung ihrer Tätigkeit.

Die Haltung der FPA, die in den vergangenen drei Wochen in mindestens zwei Stellungnahmen geäußert wurde, ist eine Reaktion auf die israelischen Sicherheitsmaßnahmen, die in der Stadt durchgesetzt wurden, nachdem muslimische Terroristen am 14. Juli zwei Polizeibeamte auf dem Tempelberg ermordet hatten.

Anfang letzter Woche ging die FPA, die schon häufig als Plattform für die Äußerung anti-israelischer Stimmungen diente, noch einen Schritt weiter, indem sie einen Antrag beim Obersten Gericht Israels einreichte. Darin wurden die Aktionen und das Verhalten der israelischen Sicherheitskräfte gegenüber Journalisten – bei den palästinensischen Ausschreitungen nach der Installation von Metalldetektoren und Überwachungskameras an den Eingängen zum Tempelberg – infrage gestellt. Der Antrag fordert, dass die israelischen Sicherheitskräfte künftig den Zutritt von Journalisten zum Tempelbergkomplex nicht mehr einschränken. Außerdem beschwert man sich in der Petition über verbale und physische Übergriffe der Polizei auf Journalisten.

Für alle, die mit der anti-israelischen Agenda der FPA-Leitung vertraut sind, ist dieser Protest keine Überraschung. Die Organisation praktiziert schon lange ein reines Schwarz-Weiß-Denken, wenn es um den israelisch-palästinensischen Konflikt geht – und irgendwie scheinen es die Israelis jedes Mal falsch zu machen.

Im gleichen Masse wie die FPA vor lauter selbsternannten "aufgeschlossenen" Journalisten wimmelt, sind deren Köpfe offenbar verschlossen, wenn es um die faktische Gewalt der Palästinenser geht. Es ist schon merkwürdig, wie schnell aufgeklärte Menschen – grundsätzlich bereit, sich mit den Underdogs zu solidarisieren – in verdächtiger Weise von intellektueller Dunkelheit befallen werden, wenn es sich bei dem Underdog plötzlich einmal um einen Israeli handelt, der auf möglichst humane Weise mit palästinensischem Terror umgehen will.

Aber – Überraschung oder nicht – der jüngste Angriff der FPA auf Israel erinnert uns daran, dass viele der ausländischen Journalisten keine Skrupel haben, eine anti-israelische Agenda zu propagieren.

Die Journalisten, die ach so bestürzt sind über die jüngsten israelischen Sicherheitsmaßnahmen, sind dieselben, die sich aus Angst, vom IS enthauptet zu werden, weigern, aus Syrien zu berichten. Es sind dieselben Journalisten, die nicht mehr in den Irak reisen, weil sie um ihr Leben fürchten. Viele dieser Journalisten, besonders die

Frauen unter ihnen, berichten nicht aus Ägypten, um zu vermeiden, vergewaltigt oder gar zum Ziel einer Terrorgruppe zu werden.

Wenn sie in arabische und islamische Länder reisen, werden diesen Journalisten meist "Aufpasser" der Regierung zugewiesen, die sie sowohl offen als auch verdeckt rund um die Uhr begleiten. Sie werden vergeblich darauf warten, ein Visum für die Einreise in den Iran oder Saudi-Arabien zu bekommen – oder aber man lässt sie monatelang warten und betteln, bevor man es ihnen erteilt.

Was also tut man, wenn seine journalistischen Optionen im Nahen Osten von einer durchaus realistischen Angst um das eigene Leben eingeschränkt sind? Man bleibt dort, wo man sich sicher fühlt – in Israel.

Es ist kein Geheimnis, dass Nahost-Korrespondenten ihre Büros lieber in Jerusalem und Tel Aviv haben, als in Ramallah, Amman, Damaskus, Bagdad, Teheran oder Riad. In Israel ist es nämlich so: Gleichgültig, was sie heute schreiben, sie bleiben am Leben und können morgen wieder schreiben.

Anders als in der Mehrzahl der arabischen und islamischen Länder brauchen die meisten Journalisten für Israel keine Einreisegenehmigung. Jeder Journalist – oder, um genau zu sein, jeder, der behauptet, Journalist zu sein – kann am Flughafen Ben Gurion von Bord gehen und mit seiner Berichterstattung beginnen.

Die Einstellung der FPA zu den jüngsten israelischen Sicherheitsmaßnahmen in Jerusalem, die eine unmittelbare Reaktion auf die Ermordung zweier Polizeibeamter und die gewalttätigen Ausschreitungen von Arabern waren, riecht nach Heuchelei und einer schwerwiegenden Fehlinterpretation der Realität.

Die erste Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, lautet: Würden es ausländische Journalisten in einem arabischen oder islamischen Land wagen, zum Obersten Gericht dieses Landes zu marschieren, um von den dortigen Behörden verhängte Sicherheitsmaßnahmen und Einschränkungen zu hinterfragen? Die Wahrheit ist, dass es in fast allen dieser Länder so etwas wie eine "Foreign Press Association" überhaupt nicht gibt. Der Grund dafür ist, dass die arabischen und islamischen Diktaturen solchen Organisationen nicht erlauben, in ihren Ländern zu agieren.

Die zweite Frage, die sich angesichts der Oppositionshaltung der FPA gegenüber den israelischen Sicherheitsmaßnahmen stellt, lautet: Was genau verlangen die ausländischen Journalisten von Israel? Sollen die israelischen Behörden ihnen erlauben, frei herumzulaufen, während palästinensische Randalierer ungestört Steine und Brandbomben auf Polizeibeamte werfen? Finden die Journalisten, dass die Israelis kein Recht haben, ihr eigenes Leben zu schützen? Oder die Leute sich von Steinen und Brandbomben verletzen lassen sollen? Tatsächlich wurden einige bei den palästinensischen Unruhen verletzt.

Die dritte Frage, die es zu beantworten gilt, lautet: Wie kann es sein, dass bei den jüngsten Unruhen die Zahl der Reporter, die über die Ereignisse berichteten, häufig grösser war als die der Randalierer? Dies war mehrfach der Fall in der Jerusalemer

Altstadt, insbesondere am Löwentor, wo auf einen palästinensischen Unruhestifter zwei Journalisten kamen.



Das Oberste Gericht Israels. (Foto: Almog/Wikimedia Commons)

Woher kamen all diese ausländischen – und palästinensischen – Journalisten? Irgendjemand muss ihnen doch Zugang zu den Schauplätzen der Zusammenstöße zwischen den Randalierern und den Sicherheitskräften verschafft haben. Dieser "Jemand" sind die israelischen Behörden, die keinen Grund dafür gesehen hatten, die Reporter davon abzuhalten, ihre Arbeit zu tun.

Die Heuchelei der Journalisten erreicht einen neuen Höhepunkt, wenn sie bei der Berichterstattung über die Ausschreitungen verletzt werden. Man kann nicht ins Schwimmbad gehen und sich dann später beschweren, man wüsste nicht, wie man nass geworden ist. Journalisten, die sich in der Schusslinie bewegen, bringen ihr Leben wissentlich in Gefahr.

Man kann sich nicht mitten unter die Randalierer mischen und sich dann beschweren, weil man von dem Gummigeschoss oder der Tränengaskartusche eines Polizeibeamten getroffen wurden. Was denken Sie, soll der Polizeibeamte tun? Soll er sich nicht verteidigen, nur weil sich ein Journalist in der Menge befindet?

Es ist haarsträubend, aber die FPA ist nahezu stocktaub, wenn es um Fehlverhalten der Palästinenser geht. Wo bleibt der Aufschrei der Organisation, wenn ein palästinensischer Journalist von der Palästinensischen Autonomiebehörde im Westjordanland oder dem Gazastreifen verhaftet oder verletzt wird? Wo bleibt der Aufschrei

über die jüngste Entscheidung des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, *Mahmud Abbas*, mehr als 20 Nachrichtenwebseiten zu blockieren?

Eine solch gerechte Berichterstattung wäre aber möglicherweise viel zu zeitaufwändig für die FPA: Wenn sie die Angriffe auf öffentliche Freiheiten und die Freiheit der Medien im Westjordanland und Gaza konsequent verfolgen wollte, müsste sie alle zwei Stunden missbilligende Erklärungen herausgeben. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass ein palästinensischer Journalist oder Blogger oder Facebook-User verhaftet oder zusammengeschlagen wird, weil er seine oder ihre Ansichten geäußert hat.

Die FPA und ihre Mitglieder sind sich durchaus bewusst, dass Israel ein Paradies für die ausländischen Medien im Nahen Osten ist und bleibt. Sie wissen auch, dass es in Israel, im Gegensatz zu vielen seiner arabischen und islamischen Nachbarn, keine gängige Praxis ist, Journalisten anzugreifen. Gäbe es eine solche Praxis, so käme der Großteil der ausländischen Journalisten gar nicht erst nach Israel.

Ihre rhetorischen Angriffe auf Israel sind daher nicht nur ein Ausdruck der Heuchelei, sondern sollten auch als eine Art Beschwichtigungspolitik für die Araber und Muslime gesehen werden – eine Eintrittskarte für die arabischen und islamischen Länder. Je mehr du beweist, dass du gegen Israel bist, desto besser sind deine Chancen, ein Visum für den Iran oder Saudi-Arabien zu erhalten.

Es ist an der Zeit, dass die FPA ihren Namen in FHA (*Foreign Hypocrites Association*) umändert – die Vereinigung ausländischer Heuchler. Dann würde sie zumindest in einer Hinsicht ihrem Namen gerecht werden.

Bassam Tawil ist Muslim und lebt als Wissenschaftler und Journalist im Nahen Osten.

Englischer Originaltext: The Foreign Press Association's Unlimited Bias